

Sehr geehrter Herr Dr. Saulean,

vielen Dank für die Übermittlung des Fragenkatalogs der fünf Professoren zur Verhältnismäßigkeit der Regierungsmaßnahmen in der Corona Krise und der Teilnahme an der damit verbundenen öffentlichen Anfrage an alle Fraktionen des Deutschen Bundestages.

Die Wissenschaftler aus den Fachbereichen Medizin, Toxikologie / Immunologie, Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Psychologie, die eine kritische Haltung zu den Maßnahmen der Bundesregierung in der Corona-Krise einnehmen, wollten mit vier gezielten Fragen von Angela Merkel und ihren Kabinettskollegen wissen, auf Grund welcher Daten und Informationslage der komplette Shutdown Deutschlands stattgefunden hat. Da sie zuvor auf persönliche Schreiben keine Antwort aus dem Kanzleramt erhalten hatten, wandten sie sich hilfeschend an den Deutschen Bundestag. Weder von den Koalitionsfraktionen, noch von den Oppositionsfraktionen der FDP, Grünen oder Linken erhielten sie eine Antwort.

Das Motto "Die Schäden einer Therapie dürfen nicht größer sein, als die Schäden der Krankheit" haben wir gerne aufgenommen und gemeinsam mit 46 weiteren Abgeordneten im Deutschen Bundestag am 11.05.2020 eine Kleine Anfrage mit der Vorbemerkung und den von den Professoren gestellten Fragen an die Bundesregierung gestellt: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/190/1919081.pdf>

Die Form der Anfrage ist für parlamentarische Verhältnisse ungewöhnlich. Wir haben erstmals seit 17 Jahren alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages persönlich schriftlich aufgerufen, über alle Fraktionsgrenzen hinweg im voltairschen Sinne den Wunsch jedes Bürgers wahrzunehmen, dass jeder dieser Bürger in seinen Grundrechten geschützt wird. Alle Mitglieder des Deutschen Bundestages haben das Privileg stellvertretend für die Bürger, in diesem Falle für die fünf Wissenschaftler, der Bundesregierung Fragen zu stellen. Unabhängig, ob wir die durch sie vertretene Meinung teilen oder nicht, sollten wir meines Erachtens alle gemeinsam diesem Anliegen, für die Unabhängigkeit der Wissenschaft, beistehen. Nur wenn 5 % der Parlamentarier das Anliegen mit Unterschriften unterstützen, dürfen Anträge dieser Art überhaupt gestellt werden. Wir erhielten aus der AfD Fraktion mehr als das notwendige Quorum. Wir haben inzwischen die Beantwortung der Fragen von der Bundesregierung erhalten (siehe pdf Datei anbei). Zu unserem großen Bedauern sind diese Antworten für uns nicht zufriedenstellend, aber wir bleiben am Ball.

Mit freundlichen Grüßen



AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
BÜRGERBÜRO
Platz der Republik 1 / 11011 Berlin
Telefon: 030 – 227 57141